

Thesenpapier Finanzpolitik / Finanzmarktregulierung

- **Steuervereinfachung:** Die CDU Düsseldorf fordert ein einfacheres und transparentes Steuerrecht. Dies beinhaltet auch die Streichung – fast – aller Ausnahmetatbestände und Steuersubventionen und umfasst auch einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz. Die Bundesregierung muss dieses Thema mit Mut und Entschlossenheit vorantreiben, ggf. ist die Reform in Stufen anzugehen. Bürger und Unternehmen dürfen im Steuerrecht Rechtssicherheit erwarten. Die Regulierungsfunktion der Steuergesetzgebung ist auf das Nötigste zu begrenzen.
- **Wettbewerb der Bundesländer und Kommunen:** auch hier muss sich Leistung wieder lohnen. Wir wollen, dass die Bundesländer und Kommunen eigenständig über zweckgebundene, zeitlich begrenzte Steuereinführung, -erhebung und Steuerhöhe entscheiden können. Der kommunale und Länderfinanzausgleich muss so ausgestaltet werden, dass den Zahlern mehr Geld verbleibt. Zahlungen an Nehmerländer und – kommunen müssen über die Jahre langsam abnehmen, sonst verpufft der Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“. Kommunen und Länder erhalten solange keine Hilfe, so lange sie über nicht-strategische, verkaufbare Vermögenswerte verfügen (Beteiligungen, Aktien). Kommunen, die mit eigenen Anstrengungen ihre Haushalte saniert haben, dürfen nicht bestraft werden.
- **Finanzierung der Sozialversicherung:** Öffentliche Haushalte werden erheblich durch Subventionszahlungen an die Sozialversicherungen (Rente, Krankenversicherung, absehbar Pflegeversicherung) belastet. Diese Versicherungssysteme müssen sich durch Beiträge selbst tragen – dies ist das Grundprinzip einer Versicherung. Subventionen aus dem Bundesetat sind zu akzeptieren, wenn sie sachlich gerechtfertigt und befristet erfolgen. Den Beitragszahler ist volle Transparenz über eigene Leistungen und Kosten zu geben. Die insgesamt erheblichen Kostensenkungspotenziale sind konsequent zu realisieren. Nur so können zukunftssichere Sozialversicherungssysteme erreicht werden.
- **Verschuldungsverbot / Schuldenbremse:** zur Durchsetzung ausgeglichener Haushalte müssen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene Leistungen gestrichen werden. Wer sich dem verweigert, z.B. die rot-grüne Minderheitenregierung in NRW, muß mit härteren Sanktionen rechnen, als bislang vereinbart. So ist z.B. der auf kommunaler Ebene zwangsweise eingesetzte „Sparkommissar“ eine auch für die Länderebene vorstellbare Sanktion. Gleichzeitig sind Förderprogramme auf allen Ebenen kritisch auf Notwendigkeit zu durchforsten. Die vom Bund auf kommunale Ebene übertragenen Aufgaben, vor allem im Sozialbereich, sind durch entsprechende, jährlich dynamische Finanzaufwendungen auszugleichen.
- **Finanzmarktaufsicht / -regulierung:** die staatlichen Risiken bei der Rettung angeschlagener Banken oder Partnerstaaten sind deutlich einzugrenzen. Eine wirksame Reform der Finanzmarktaufsicht ist nur auf internationaler Ebene sinnvoll (G20). Dies umfasst z.B. Regelungen zu einer möglichen Transaktionssteuer, dem Verbot ungedeckter Leerverkäufe, der Ausstattung von Banken mit Eigenkapital und Transparenzvorgaben für Hedge Fonds. Die mitverantwortlichen drei Ratingagenturen müssen durch zusätzliche Anbieter ergänzt werden, notfalls durch staatlichen Impuls. Für ihre Leistungen haben die Ratingagenturen angemessen zu haften und sind unter entsprechende Aufsicht zu stellen.

Auch bei den Unternehmen der Finanzdienstleistungsindustrie ist die Manager-Haftung sichergestellt werden – Versicherungsmöglichkeiten, die die persönliche Haftung verhindern, sind zu reduzieren.

Die Anbieter haben für transparente Produkte und Dienstleistungen zu sorgen, deren Grundgeschäft nachzuvollziehen ist. Auch hier haben die Aufsichtsorgane eine wichtige Rolle.

- **Finanzbeziehungen in der Europäischen Union:** die Haftung einzelner Länder für andere EU-Staaten ist zu begrenzen; wir wollen keine Transfer-Union. Bei Verstößen gegen gemeinsame Regeln sind Sanktionen automatisch auszulösen und nicht mehr verhandelbar. Ein Insolvenzrecht für Staaten ist auszugestalten.